

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de

www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen

www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

03.09.2015

Pressemitteilung Nr. 17-620

Tonne: Niedersachsen solidarisch – Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen gelingt

Landesregierung und Regierungskoalition arbeiten mit Hochdruck am weiteren Gelingen der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen in Niedersachsen: „Wir sind auf einem guten Weg, diese Herausforderung solidarisch zu meistern. Das wird auch Schwerpunkt der Debatte in der Sondersitzung des Landtages am kommenden Donnerstag, 10. September 2015, sein“, erklärt Grant Hendrik Tonne, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, anlässlich der Ältestenratssitzung von heute, Donnerstag.

Die rot-grüne Regierungskoalition und die Landesregierung hätten seit dem Wechsel 2013 eine Willkommenskultur etabliert, die eine Welle der Hilfsbereitschaft im Land ausgelöst habe. „Neben Behörden, Regierungsstellen und allen anderen öffentlich Verantwortlichen haben wir eine breite Basis hilfsbereiter Niedersachsen, von Verbänden, Gewerkschaften, Institutionen und unzähligen Ehrenamtlichen, die sich seit dem von der SPD-Landtagsfraktion anberaumten Flüchtlingsgipfel im Frühjahr 2015 vielfältig engagieren. Das ist ein großartiger Einsatz“, betont Tonne.

Grant Hendrik Tonne macht deutlich: „Unser Ministerpräsident Stephan Weil wird in seiner Regierungserklärung zur Sondersitzung des Landtages die schon

geleisteten Anstrengungen für eine schnelle und erfolgreiche Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen beschreiben und darüber hinaus einen Ausblick auf die zukünftigen Herausforderungen geben. Alles das trägt dazu bei, zehntausenden Flüchtlingen Schutz und eine Zukunft in Niedersachsen zu gewähren.“

„Das ist die Aufgabe, der sich alle Fraktionen des Landtages stellen müssen. Die humanitäre Hilfe für Schutzbedürftige ist nicht geeignet für Polemik und Wahlkampf. Sie ist eine Verantwortung, der wir uns alle annehmen müssen“, erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion.